

**II-9126 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

Nr. 4488 13

A N F R A G E

1993 -03- 17

der Abgeordneten Dr. Müller, Mag. Guggenberger, DDr. Niederwieser, ^{HEIDEMARIA} ~~HEIDEMARIA~~ ^{OHODI} ~~OHODI~~
und Genossen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung

betreffend Konsequenzen aus dem Innsbrucker Spitalsgipfel am 4. März 1993

Am 4. März 1993 fand in Innsbruck - ohne persönliche Teilnahme des Wissenschaftsministers - der "Spitalsgipfel" statt. Bei diesem Gipfel stand das den Verantwortlichen seit langem bekannte Problem der Überlastung von Ärzten, insbesondere der bundesbediensteten MedizinerInnen an Universitätskliniken im Mittelpunkt.

Seitens der TILAK wurde die nachfolgend angeführte "Ergebniszusammengassung" erstellt und dem o.a. Bundesminister von LR Dr. Hengl übermittelt.

ERGEBNISZUSAMMENFASSUNG - SPITALSGIPFEL INNSBRUCK, 4. MÄRZ 1993

1. Die diskutierten Probleme bestehen österreichweit und sind nicht tirolspezifisch.
2. Zur Verhinderung von Überlastungen der Ärzte ist eine koordinierte Verbesserung der Situation zwischen TILAK GmbH und den für die Bundesärzte Zuständigen im Gange. Objektive Grundlage dafür sind die Ergebnisse der laufenden VAMED-Studie über Personalbedarfs- und -einsatzplanung.

Die TILAK bietet an, ein von ihr bereits 1992 entwickeltes Modell einer Neuordnung von Arbeitszeit, Gehalt und Arbeitsbedingungen für Spitalsärzte in Innsbruck zu erproben. Wesentliche Inhalte dieses Modells sind

- eine bessere Grundvergütung unter besonderer Berücksichtigung von Leistungs- und Ausbildungsaspekten
- eine maximal 24-stündige durchgehende Diensterteilung
- eine Kategorisierung der Journaldienste nach den durchschnittlichen Arbeitsbelastungen
- eine Festlegung der Begrenzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit und der zusätzlichen durchschnittlichen Journaldienstzeit auf insgesamt 75 Stunden

- Bedingung ist die Planung der SOLL-Arbeitszeiten und die Dokumentation der geleisteten IST-Stunden

Es wird versucht, innerhalb von 2 Monaten mit den Verhandlungspartnern das Modell so weit abzustimmen, daß mit einer Umsetzung am 1.1.1994 begonnen werden könnte.

3. Es wurde vereinbart, daß alle Unterlagen betreffend die Dienstzeiten und die Dienst-einteilung von bundesbediensteten Ärzten sowie die Zuordnung zu Oberärzten und Hauptdiensten gegenseitig zur Verfügung gestellt werden.
4. Die TILAK GmbH wird Baumaßnahmen, welche zu einer Verbesserung der Betriebs-organisation führen können (Errichtung zusätzlicher OP's), zügig vorantreiben.
5. Es wird die Notwendigkeit anerkannt, daß experimentelle Erfahrungen für die Ausbildung in medizinischen Zukunftsberufen gesammelt werden, die nach den herkömmlichen Arztausbildungsgrundsätzen nicht ausreichend vermittelt werden können. Daher wird das in Innsbruck laufende Modell "School of public-health" begrüßt.

Die unterfertigten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung daher nachstehende

Anfrage:

1. Welche Position beziehen Sie zu den fünf angeführten Punkten?
2. Welche Maßnahmen werden Sie in den Sie betreffenden Bereichen setzen? (bitte auch Termine angeben)
3. Dem Vernehmen nach finden zur Zeit Verhandlungen zwischen der TILAK und der Ärztekammer statt. In welcher Form werden dabei die Interessen der betroffenen bundesbediensteten MedizinerInnen vertreten?